

Ein erster notwendiger Schritt



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsi-
dent, Zürich

Seit 2003 sind über eine Million Menschen mehr ein- als ausgewandert. Dies entspricht 81 Prozent des Bevölkerungswachstums in dieser Zeit. Die Bundesbehörden rechnen bis 2050 mit einer stetigen Zunahme der Einwohnerzahl von heute etwas mehr als 8,5 Millionen auf fast 10,5 Millionen. Diese Entwicklung ist kein Naturereignis, sondern die Folge eines katastrophalen politischen Versagens unserer Behörden. **Das seit dem 1. Juni 2002 geltende Freizügigkeitsabkommen mit der EU verunmöglicht es uns, die rasant fortschreitende Überbevölkerung der Schweiz auch nur zu bremsen, geschweige denn zu stoppen.** Dabei kann auch in wirtschaftlicher Hinsicht von einem «Erfolgsmodell» nicht die Rede sein. **Mit der Bevölkerung wächst zwar auch die Wirtschaft, aber nicht unser Wohlstand. Der Kuchen wird grösser, aber die Zahl der «Esser» wächst im Gleichschritt mit.** Natürlich gibt es dabei Profiteure: «Investoren» (vielfach aus dem Ausland), Manager, Architekten, Bauunternehmer, Grossbesitzer von Immobilien usw. Ihnen stehen

aber viel mehr Verlierer gegenüber, namentlich die meisten Arbeitnehmer und Mieter. Das Wohnen wird immer teurer. **Die Reallöhne stagnieren oder sinken gar, weil die Unternehmer nach Belieben Personal aus dem Ausland holen können.** Das ständige Überangebot an Arbeitskräften bewirkt nach dem simplen Gesetz von Angebot und Nachfrage einen

anhaltenden Druck auf unsere Löhne

Dass ausgerechnet die Gewerkschaften die Personenfreizügigkeit hartnäckig unterstützen, ist deshalb unverständlich. **Sie schaden damit der hiesigen Arbeitnehmerschaft, sowohl den Schweizern als auch den Ausländern!**

Für Schweizer ist eine Arbeit im Ausland – ausser etwa vorübergehend als Sprachaufenthalt oder dergleichen – nicht attraktiv, weil Löhne und Lebensstandard dort durchwegs niedriger sind.

Die Personenfreizügigkeit funktioniert deshalb als «Einbahnstrasse» fast nur in Richtung Schweiz. **Ihre nachteiligen Folgen für die älteren Arbeitnehmer lassen sich mit der nun geplanten Überbrückungsrente nicht beseitigen.** Natürlich ist diese besser als gar nichts. Sie könnte aber auch als Rechtfertigung missbraucht werden, um weiterhin ältere Mitarbeiter durch junge Ausländer zu ersetzen. Die Befürworter (und Profiteure) der Masseneinwanderung verbreiten seit mehr als fünfzig Jahren

immer dieselben Propagandalügen

Auch bei der bevorstehenden Abstimmung über die Begrenzungsinitiative wird man dem Volk wieder Angst machen, unsere Altersvorsorge breche ohne Dauereinwanderung zusammen. Dabei ist doch offensichtlich, dass man mit Einwanderung kein Rentensystem finanzieren kann.



Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen – Ja zur Begrenzungsinitiative!

1.-August-Feier – Vorfreude auf Jubiläumsfeier 2021

Aufgrund der Coronakrise wurde schweren Herzens entschieden, auf die Durchführung der diesjährigen 1.-August-Feier zu verzichten. Nächstes Jahr feiern die SD/NA ihr 60-jähriges Bestehen. Somit plant man für den 1. August 2021 einen etwas spezielleren Anlass. Wir freuen uns bereits jetzt auf Ihre Teilnahme.

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Margrit Neukomm, Zentralvizepräsidentin
Adrian Pulver, Zentralsekretär

Der Zustrom junger Arbeitskräfte aus dem Ausland bringt zwar kurzfristig Einnahmen, doch auch die Einwanderer werden alt und irgendwann Rentenbezüger.

So wird das (tatsächlich bestehende) Problem der ungenügenden Ausfinanzierung von Altersrenten nur auf später verschoben und dabei ständig verschlimmert. Das ist wie das Verhalten eines Schuldners, der laufend alte Löcher mit neuen Krediten zu stopfen versucht und dabei immer tiefer im Schuldensumpf versinkt.

Und wer macht dann den «Dreck»?

Schon vor fünfzig Jahren, zur Zeit der denkwürdigen Schwarzenbach-

Abstimmung, wurde behauptet, wir bräuchten Zuwanderung, weil die Einheimischen gewisse anstrengende und «schmutzige» Arbeiten nicht verrichten wollten. Doch die Kinder der Fremdarbeiter wollten auch «aufsteigen», und so musste man immer neue Generationen von Immigranten herbeirufen. Inzwischen heisst es auch, es fehle an hochqualifizierten Fachkräften, beispielsweise an Ärzten oder IT-Spezialisten, und man müsse diese im Ausland rekrutieren. Zwar trifft zu, dass in gewissen Berufsfeldern Personalmangel herrscht. **Doch diese strukturellen Probleme unseres Arbeitsmarktes sind hausgemacht und lassen sich mit Einwanderung höchstens auf die lange Bank schieben, aber niemals lösen. Stattdessen sollten wir das Angebot an**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Ein erster notwendiger Schritt*Fortsetzung von Seite 1*

Studienplätzen und Lehrstellen so steuern, dass es den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entspricht. Wer einmal studiert hat, und sei es auch ein noch so «brotloses» Fach, wird nicht mehr als einfacher Angestellter arbeiten wollen.

Es ist verkehrt, auch all jene durch eine Berufslehre zu «murksen», die damit eigentlich überfordert sind. So entsteht nur ein Mangel an Hilfskräften, statt dass man solche Menschen Hilfsarbeiter/-in werden lässt, ihnen Respekt entgegenbringt und ihnen für ihre oftmals harte Arbeit anständige Löhne bezahlt.

Überhaupt böte die gerade in bürgerlichen Wirtschaftskreisen regelrecht vergötterte Marktwirtschaft hier tatsächlich eine Lösung: **Wir sollten endlich die wenig begehrten Tätigkeiten zu Lasten der überlaufenen Berufsfelder so lange besser entlöhnen, bis sich ein Gleichgewicht einstellt.**

Von der Wohlstandszone zum Hungergebiet?

Schon heute vermag die Schweiz mit dem noch vorhandenen Landwirtschaftsboden ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln bei Weitem nicht zu decken, und dies trotz viel zu intensiver Bewirtschaftung und

enormen Einfuhren von Dünger und Futtermitteln.

Wer garantiert uns, dass wir die fehlenden Lebensmittel auch in Zukunft problemlos importieren können?

Was ist, wenn die Herkunftsländer nicht mehr liefern können oder wollen, das Öl für den Transport ausgeht oder internationale Konflikte diesen verunmöglichen? **Dann wird die überbevölkerte Schweiz zum Hungergebiet, denn Geld kann man nicht essen.**



In der Schweiz leben in einem verhältnismässig kleinen Territorium bereits heute zu viele Menschen, sodass unter anderem auch die Verkehrsinfrastruktur überlastet ist.

Die Initiative ist nur ein erster Schritt!

Die Beendigung der EU-Personenfreizügigkeit ist absolut notwendig, aber keinesfalls ausreichend. **Es nützt nichts, die Einwanderung zwar selber zu steuern, dies aber so zu tun, dass die Unternehmen nach wie vor so viele ausländische Arbeitskräfte bekommen, wie sie wünschen.** So geht die Überbevölkerung und Überfremdung der Schweiz unvermindert weiter.

In einem zweiten Schritt müssen deshalb künftige Ausländerkontingente so gestaltet werden, dass es mittelfristig keinen Zuwanderungsüberschuss gibt.

Migranten aus völlig fremden Kulturen müssen ganz ausgeschlossen werden, weil sie kaum integrierbar sind. Auch sollte der ganze Asyl-Unfug endlich abgeschafft werden, solange es nirgends in Europa politische Verfolgung, Folter oder dergleichen gibt.

Warnung vor Illusionen

Bei diesem zweiten Schritt werden wir seitens der heutigen Initianten höchstens noch bei einem Teil der Basis und vielleicht bei der Jungpartei Unterstützung finden. Die Parteispitze und die Geldgeber hingegen sind der Wirtschaft und deren Glauben an ein immerwährendes «Wachstum» verpflichtet. **Deshalb lehnte die SVP die Epop-Initiative ab und nannte ihre Masseneinwanderungsinitiative von 2014 als Kriterium für die Bemessung der Ausländerkontingente auch nur das wirtschaftliche Interesse der Schweiz.**

Damit stattdessen das langfristige Überleben unserer Kultur und Identität ins Zentrum gestellt wird, braucht es noch viel Aufklärungsarbeit von uns Schweizer Demokraten!

Neues Kampfflugzeug – ein Grundsatzentscheid über unsere Armee

Am 27. September 2020 wird das Schweizer Stimmvolk voraussichtlich über den Rahmenkredit von 6 Milliarden Franken für das neue Kampfflugzeug (NKF) abstimmen. Bei dieser Abstimmung geht es um viel mehr als um die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Es geht am Ende um folgende Grundsatzfrage: «Hat die Schweiz zukünftig noch eine Armee oder nicht?» Bundesrat und Parlament wollen bis ins Jahr 2030 für maximal 6 Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge beschaffen, da unsere F/A-18 bis dann das definitive Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht haben werden.

Durch das zustande gekommene Referendum versucht nun die Gruppe für eine Schweiz ohne Ar-

mee (GSoA) zusammen mit SP und Grünen, nach dem negativen Gripen-Entscheidung von 2014, auch diese Abstimmung zuungunsten einer freien, unabhängigen Schweiz zu kippen und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu verhindern. **Fakt ist jedoch: Ohne schlagkräftige Luftwaffe gäben wir die Hoheit über unseren Luftraum auf geradezu fahrlässige Weise auf. Damit wäre unsere Armee und folglich unser Volk Angriffen aus der Luft schutzlos ausgeliefert.**

Dringender Aufrüstungsbedarf bei der Luftwaffe

Die GSoA argumentiert sehr gerne, wir seien ja nur von Freun-

den umgeben und bräuchten gar keine Luftverteidigung, sondern nur den Luftpolizeidienst, wenn überhaupt.

Im Moment haben wir zum Glück keine Feinde und sind nicht in Kriegshandlungen verwickelt. **Doch die geopolitische Lage in vielen Teilen der Welt ist so explosiv wie schon lange nicht mehr.** Der schwelende Wirtschaftskonflikt zwischen China und den USA verschärft sich weiter und könnte bald schon auf anderen Ebenen ausgetragen werden. Am Persischen Golf könnte jeder weitere Funke das Pulverfass hochgehen lassen.

In der arabischen Welt herrschen nach wie vor Chaos, Krieg und Terror.

Die Konflikte verlagern sich immer näher an unsere Grenzen (beispielsweise Ukraine-Konflikt). Auf den ewigen Frieden können wir uns also leider nicht verlassen, denn wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt.

Zehn Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wusste schliesslich auch noch keiner, was bald folgen würde. Ausserdem können wir uns im Ernstfall nicht auf den Schutz durch unsere Nachbarn verlassen. **Zum einen werden sie dann in erster Linie für sich selbst schauen und ihr eigenes Land verteidigen, zum anderen sind auch die Armeen und Luftwaffen unserer**

Nachbarn marode und überholungsbedürftig, weil sie seit dem Ende des Kalten Krieges kaputtgespart werden. Und wir wollen uns ja wohl nicht zum Spielball fremder Mächte degradieren.

F/A-18-Flotte und Bodluf

Auch das Argument, die F/A-18-Flotte sei kürzlich auf den neusten Stand der Technik gebracht worden und reiche deshalb aus, ist fadenscheinig. Für den Luftpolizeidienst mag dies für den Moment vielleicht noch zutreffen. **Die Flieger sind aber bereits jetzt veraltet und werden ab 2030 mit moderneren Kampfflugzeugen gar nicht mehr mithalten können.** Eine weitere Kampfwerterhaltung über 2030 hinaus ergäbe bei den F/A-18 also keinen Sinn mehr.

Neben den Kampfflugzeugen müssen auch die aktuellen Systeme der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) erneuert werden, denn auch sie erreichen schon bald das Ende ihrer Nutzungsdauer.

Hierfür will der Bund insgesamt 2 Milliarden Franken ausgeben. **Dieses Budget ist jedoch nicht Teil des Referendums.** Insgesamt sollen also in die Erneuerung der Schweizer Luftwaffe 8 Milliarden Franken investiert werden. **Diese Rüstungsvorhaben sollen voll-**



Keine handlungsfähige Armee ohne moderne Luftwaffe – Ja zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge!

ständig über das ordentliche Armeebudget finanziert werden. Es entstehen für den Bund also keine Zusatzkosten.

Aus vergangenen Fehlern gelernt

Im Rennen für das neue Kampfflugzeug stehen noch folgende vier Typen: Eurofighter (Airbus, Deutschland), F/A-18 Super Hornet (Boeing, USA), Rafale (Dassault, Frankreich) und F-35A (Lockheed-Martin, USA). Die Firma Saab aus Schweden musste am Ende auf eine Teilnahme an der Evaluation mit dem Gripen E verzichten, weil zu jenem Zeitpunkt die vom Bundesamt für Rüstung (armasuisse) gestellten Anforderungen nicht erfüllt werden konnten. Das Auswahlverfahren erfolgt in mehreren Phasen und läuft noch. Der konkrete Typenentscheid ist noch kein Thema. **Offensichtlich hat man beim Bund aus dem Gripen-Debakel von 2014 seine Lehren gezo-**

gen. Damals verkam die öffentliche Diskussion zu einer unnötigen Streiterei über den Flugzeugtypen, der nach Ansicht vieler selbsternannter Experten für die Schweiz nicht geeignet gewesen wäre. Die Grundsatzfrage «Luftwaffe ja oder nein?» beziehungsweise «Funktionsfähige Armee ja oder nein?» wurde davon völlig überschattet.

Das jetzige Vorgehen ist daher viel sinnvoller: Der Bundesrat wird den Typenentscheid erst nach der Volksabstimmung fällen. Dabei will er die Auswahl des Kampfjets den Experten der armasuisse überlassen.

So soll eine unnötige Typendiskussion vermieden werden, denn der Otto Normalverbraucher hat nun einmal nicht das nötige Fachwissen der Experten.

Unsinniger Alternativvorschlag

Die SP will statt 8 nur 4 Milliarden für die Gesamterneuerung der Luftwaffe (NKF und Bodluf) ausgeben, indem ein leichter Jet eines italienischen Herstellers ausschliesslich für den Luftpolizeidienst beschafft wird. **Ein solches «Schulungsflugzeug» wäre jedoch nicht einmal für den Luftpolizeidienst zu gebrauchen, denn es müsste sein Ziel, das ja selbst schon relativ schnell fliegt, in kür-**

zester Zeit einholen können. Der leichte Jet wäre dafür zu langsam. An einen Verteidigungseinsatz wäre gar nicht erst zu denken.

Eine funktionierende bodengestützte Luftverteidigung allein bringt uns auch nicht viel, da diese Systeme zwar auf geringen und mittleren Flughöhen effektiv einsetzbar sind, moderne Kampfflugzeuge jedoch auch aus Flughöhen ausserhalb der Reichweite der Bodluf gezielt angreifen können.

In höheren Lagen kommen also nur leistungsstarke Kampfflugzeuge zur Luftverteidigung in Frage. Ein Ja zum neuen Kampfflugzeug bedeutet auch ein Ja zu unserer Luftwaffe. Und nur ein Ja zu einer schlagkräftigen Luftwaffe kann auch ein Ja zur Schweizer Armee bedeuten, denn ohne Luftwaffe könnte unsere Armee ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Verteidigung von Volk und Heimat schlicht nicht mehr erfüllen.

Die Rechnung ist also relativ simpel: Einmal Ja an der Urne bedeutet dreimal Ja zu einer starken, unabhängigen und wehrfähigen Schweiz, denn im Ernstfall können wir nur auf uns selbst zählen!

*Roland Uhler,
e. Gemeinderat, Präsident SD
Kanton St. Gallen, St. Gallen*

Rassismusdebatte: Sind Mohrenköpfe rassistisch?

Am 25. Mai 2020 starb der Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis bei seiner Festnahme durch die Polizei. Unter der Bewegung «Black Lives Matter» entfeselte sich daraufhin in den ganzen USA eine Welle heftiger Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt, die auch nach Europa und in die Schweiz überschwappte. **Die losgetretene Rassismusdebatte stellt nun sogar den Schweizer Detailhandel auf den Kopf.** Auch in Schweizer Städten fanden Kundgebungen gegen Rassismus statt – trotz des Verbotes aufgrund der Corona-Verordnung des Bundesrates. Diese markierten den Beginn einer neu aufflammenden, kontroversen und heftig geführten Diskussion über Rassismus in der Schweiz. Die Migros knickte indessen nach einer Kundenreklamation ein und nahm die berühmten Dubler-Mohrenköpfe unverzüglich aus dem Sortiment.

Das Produkt war zwar nur in zwei Filialen erhältlich, aber der Schuss ging nach hinten los. **Einerseits sieht es nun so aus, als hätte die Migros dies nur aufgrund des Druckes von aussen getan. Andererseits erhält das Familienunternehmen Dubler aus Waltenschwil (AG) so landesweite Gratiswerbung.**

Robert Dubler, Fabrikant der Dubler-Mohrenköpfe, denkt gar nicht daran, sein Produkt «politisch korrekt» umzubenennen, und sagt dazu: «Süssigkeiten sind nicht schuld, wenn sich Menschen plagen», womit er natürlich recht hat.

Viele andere Menschen, darunter auch Dunkelhäutige, sehen die Bezeichnung denn auch nicht als Problem. Und die Kunden rennen Dubler seit den Schlagzeilen die Bude ein.

Keine zielführenden Diskussionen

In der ohnehin schon gehässigen Debatte haben die Argumente von irgendwelchen Historikern, wir müssten aufgrund der kolonialen Vergangenheit Rücksicht auf unsere dunkelhäutigen Mitbürger nehmen und dürften deshalb unter anderem keine Mohrenköpfe mehr essen, nichts zu suchen.

Natürlich prägt die Geschichte die Afrikaner bis heute. Kolonialismus und Sklaverei sind jedoch nicht Teil der Schweizer Geschichte. Vergangenheitsbewältigung ist bei uns also fehl am Platz.

Und wenn wir schon bei sprachlichem Rassismus sind: In vielen unserer Redensarten könnten wir ebenfalls Rassismus hineininterpretieren, da «Schwarz» dort meist

negativ behaftet ist, und «Weiss» positiv. **Schliesslich haben wir eine weisse Weste, aber schieben anderen den schwarzen Peter zu. Rassistische Hintergedanken dürften bei diesen Sprichwörtern aber bei den wenigsten auszumachen sein.** Grundsätzlich ist es wichtig, dass in unserem Land eine solche gesellschaftspolitische Diskussion geführt wird. **Leider jedoch wird sie auf allerlei Nebenschauplätzen ausgefochten, wodurch das eigentliche Anliegen der Betroffenen nach Gleichbehandlung völlig in den Hintergrund gerät.**

Ein wenig mehr Toleranz gegenüber unseren Traditionen, ohne gleich überall Rassisten zu sehen, wäre zudem äusserst wünschenswert.

*Andreas Beyeler,
Präsident SD Kanton Bern, Worben*

Die Schweizer Demokraten (SD) – älteste und einzig wahre grüne Schweizer Partei

Es ist bemühend, wenn zurzeit von gewissen Journalisten behauptet wird, die Umweltbewegung in der Schweiz hätte ihren Ursprung in der Romandie. Tatsächlich lässt sich beweisen, dass bei der Gründung der Nationalen Aktion (NA) in den 60er-Jahren eindeutig grüne Postulate die Ideologie der jungen Partei prägten. Es wurde zu Recht gewarnt

- vor künstlicher Erhöhung der Bevölkerungszahl mithilfe forcierter Einwanderung;
- vor den Folgen einer unverantwortlichen Bauwut;
- vor den unabsehbaren Konsequenzen einer zum Dogma erhobenen Dauerwachstumsideologie.

In einem Abstimmungsflugblatt, unter anderem unterzeichnet von bekannten Persönlichkeiten wie den späteren Bundesräten Rudolf Gnägi und Willi Ritschard, wurde Mitte der 60er-Jahre noch wie folgt gewarnt: «Mithilfe fremder Menschen und ausländischen Kapitals verbauen wir unseren raren Boden für die Bedürfnisse ausländischer Menschen.» Dies war vergeblich. In wahren Schlammschlachten wurden im Jahr 1968 zuerst die Zürcher Demokraten zum Rückzug ihrer Volksinitiative für die Begrenzung der Zuwanderung gezwungen. Danach scheiterte die Nationale Aktion (NA), zwar nur knapp, in der Abstimmung vom Juni 1970.

Die Berner Sektion der NA lancierte dann an einer Grossveranstaltung im Kursaal Bern (ca. 500 Besucher) den Kampf um das Bewusstsein der Bevölkerung für die drohenden Gefahren, indem der Zusammenhang «Überfremdung – Übervölkerung – Umweltzerstörung» thematisiert wurde.

Ab 1971 hoben die vier NA-Vertreter im Nationalrat die Bedeutung ökologischer Zusammenhänge innerhalb des gesamten politischen Geschehens immer wieder hervor. Aus dieser Zeit stammt die in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Tschumi von der Universität Bern und Dr. H. Gruhl, damals umweltpolitischer Sprecher der CDU in Bonn, entstandene Grundsatzklärung der NA, die für viele Jahre als politische Leitlinie galt.

Die damalige Grundsatzklärung

Der Text dieses Grundlagenpapiers lautet wörtlich wie folgt: «In un-



Zu einer ökologischen Politik gehört auch das Engagement für eine einheimische, produzierende Landwirtschaft.

fassender Würdigung der heute vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen, bekennt sich die Nationale Aktion für Volk und Heimat zu der folgenden Aufgabenstellung: Die weltweite unkontrollierte Bevölkerungsexplosion geht unablässig weiter; gleichzeitig wird die Biosphäre durch die menschliche Zivilisation täglich mehr belastet. Ökologische Katastrophen mondialen Ausmasses sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizer Volk zunehmend gefährlicher. Die Nationale Aktion für Volk und Heimat erachtet es als ihre Aufgabe und Pflicht, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinne zu kämpfen, dass unser Volk in seinem eng begrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen biologischer Natur vorbereitet entgegenzutreten kann.» Diese Grundsatzklärung hatte man im Jahr 2011 erneuert.

Die NA der 70er-Jahre war eine echte Umweltbewegung, eine zutiefst «Grüne Kraft», die sich nicht mit den Symptom-Therapien eines Naturschutzbundes und ähnlicher Organisationen begnügte, sondern die Probleme an der Wurzel zu packen suchte.

Das seit 1973 bestehende politische Programm, welches man jeweils für jede Legislaturperiode der Eidgenössischen Räte überarbeitet und erneuert hatte, legt davon Zeugnis ab. Ein weiteres Belegdokument für die obige Aussage stellt das Wirtschaftsprogramm der NA, das unter dem Titel «Die Nationale Marktwirtschaft» an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Olten am 22. Oktober 1977 mit 102 Stim-

men einstimmig genehmigt wurde, dar.

Entstehung der sogenannten Grünen Parteien

Die NA führte jährlich Kadertagungen durch. An diesen Veranstaltungen wurden die Führungsleute mit den ökologischen Zusammenhängen vertraut gemacht und ihre Umsetzung im politischen Raum diskutiert. Im Wahljahr 1975 sprach als Gastreferent Dr. Kaminsky von der Sternwarte Bochum, ein damals hochgeschätzter Ökologe.

Als Gäste lud man unter anderem eine Zürcher Gruppe ein, die sich zum Umweltschutz im vertieften Sinne bekannte. Zum Dank lancierte dann gerade diese Gruppe in Zürich anlässlich der Kantonsratswahlen 1975 eine «Grüne Liste» mit dem erklärten Ziel, der NA Stimmen abzugeben.

Das gelang ihnen leider allzu gut! Ihr Erfolg löste die Aufnahme der politischen Tätigkeit von verschiedenen links-grünen Gruppierungen in der ganzen Schweiz, inklusive der Romandie, aus. Als Folge wurden die ökologischen Grundanliegen schwerstens diskriminiert und als linke Farce wahrgenommen. Der damit angerichtete langfristige politische Schaden ist nicht zu unterschätzen. Man denke etwa

- an den Verrat der eigenen Ernährungsgrundlage (das heisst die Dezimierung der Landwirtschaft);
- an das Hochjubeln des Internationalismus mit den verheerenden Folgen für die politische Unabhängigkeit.

In Deutschland wurde die «Grüne Aktion Zukunft» des Dr. H. Gruhl systematisch von Anarchisten und

Linksextremen unterwandert und schliesslich beherrscht. Dr. Gruhl trat mit seinen überzeugten ökologisch denkenden Mitstreitern aus der Partei aus und gründete die ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei). Dieser blieb der politische Durchbruch unter dem Druck der Medien versagt. Dafür konnten sich «die Grünen», ähnlich wie in der Schweiz, mit wohlwollender Duldung, ja mithilfe der linkslastigen Presse und den linken Parteien, etablieren.

Die SD als Nachfolgepartei der NA

Wenn die Parteileitung seinerzeit hoffte, die diffamierenden Unterschiebungen wie «Fremdenhass», «Ein-Themen-Partei», «Blut-und-Boden-Politiker» usw. durch einen Namenswechsel loszuwerden, sah sie sich leider getäuscht.

Auch die jüngere Generation von Journalisten kümmert sich weder um Quellenstudium, noch um eine objektive Analyse der dringendsten Probleme unseres Volkes und der ganzen Menschheit. So werden wir wohl weiterhin mit pauschalisierenden, dümmlichen Verunglimpfungen leben müssen.

Die Geschichte der SD, das aktuelle politische Programm sowie das Wirtschaftsprogramm im Besonderen beweisen, dass die SD tatsächlich die einzig wahre «Grüne Partei» der Schweiz ist, welche sich seit sechs Jahrzehnten für den Schutz des Lebensraumes des Schweizer Volkes, für seine Lebensgrundlagen und die politische Unabhängigkeit einsetzt. Wer also «die Schweiz im Herzen» hat, steht auch heute zu den Schweizer Demokraten (SD).

Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil

Abschaltung des «Immunsystems»

Seit Wochen finden auch in der Schweiz Strassenproteste gegen den angeblichen «Rassismus» statt. Wer hinter dieser offensichtlich gut orchestrierten und von den Medien kräftig angeheizten Kampagne steht, bleibt unklar. Mitunter wird gar behauptet, es gebe gar keine «Rassen». **Die logische Folgerung daraus wäre, dass es auch den viel beklagten «Rassismus» gar nicht geben könnte.**

Aber natürlich gibt es Völker und Rassen. Sie sind das Ergebnis einer über Jahrtausende erfolgten Anpassung von menschlichen Populationen an die Umweltbedingungen ihres Lebensraums.

Da ist gar nichts Besonderes daran, da bestätigt sich einfach Darwins Evolutionstheorie. Die in Neonazi- und ähnlichen Kreisen verbreitete Vorstellung hingegen, dass gewisse Völker und Rassen «höher» stünden und «wertvoller» seien als andere, ist wissenschaftlich gesehen blanker Unsinn und moralisch verwerflich. **Da ist das abwertende Wort «Rassismus» gerechtfertigt.** Falsch ist aber auch die Vorstellung, alle Menschen seien «gleich». Zum Glück ist das nicht so – sie sind wohlthuend verschieden. **Diese Vielfalt hat dafür gesorgt, dass die Menschheit auch unwirtliche Regionen wie die Kala-**



Mit dem unsachlichen Vorwurf des sogenannten «Racial Profiling» wird eine zielführende Polizeiarbeit verhindert.

hari-Wüste oder die Arktis zu besiedeln vermochte. Sie ist ein Erfolgsmodell. Dieses sollten wir bewahren.

Recht auf Identität ist legitim

Es ist klar, dass es keine «reinen» Völker oder Rassen gibt. Migration findet seit jeher statt und kann, wenn dies tröpfchenweise geschieht, sogar bereichernd sein und als Schutz vor Inzucht wirken.

Eine gross angelegte Völkervermischung hingegen, wie sie derzeit stattfindet, richtet vor allem Schaden an. Sie nimmt dem

Menschen die Identität und Geborgenheit, die ihm die Zugehörigkeit zu einem Volk gibt.

Sie dient vor allem den Interessen der multinationalen Konzerne. Diese hätten am liebsten eine identitätslose Masse von Englisch sprechenden «Einheitsmenschen», die wie Schachfiguren auf der Welt herumgeschoben und so optimal ausgebeutet werden könnten. **Sich dagegen zu wehren, ist kein «Rassismus», sondern bringt den gesunden Selbsterhaltungswillen der Völker zum Ausdruck.** Mit dem Vorwurf des «Rassismus» wird gezielt versucht, dieses Immunsystem bei den europäischen Völkern abzu-

schalten. Tragisch ist, dass viele Angehörige dieser Völker dabei auch noch mitmachen und damit deren Untergang voranzutreiben helfen.

Gesinnungsterror beenden

Das politische Konstrukt des angeblichen «Rassismus» funktioniert seltsamerweise nur in eine Richtung. So sind etwa Weisse in Afrika wenig willkommen, doch niemand wirft den Afrikanern deswegen «Rassismus» vor.

Wer hingegen darauf pocht, dass diese ihrerseits in Afrika bleiben und nicht weisse Länder kolonisieren sollen, wird sofort als «Rassist» gebrandmarkt. Es ist an der Zeit, dem diesbezüglichen Gesinnungsterror entschlossen entgegenzutreten.

Die aktuelle Diskussion über angebliche «rassistische Polizeigewalt» und «Racial Profiling» geht an der Sache vorbei. **Wenn (leider) die meisten «Chügelidealer» (Kokaindealer) an der Langstrasse Afrikaner sind, macht es ja wohl keinen Sinn, die Polizei Aargauer oder Appenzeller kontrollieren zu lassen.**

*lic. iur. Christoph Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentralpräsident, Zürich*

Die Sichtweise der Globalisten

Globalisten haben eine vollkommen spezifische Sichtweise. Für sie ist quasi «Reichtum gleich Armut» und «Armut gleich Reichtum». Sie können die Probleme der deregulierten Zuwanderung nicht erkennen. Je mehr Menschen in einem vorgegebenen Territorium leben, desto weniger Flächenressource bleibt für die einzelne Person übrig. Der Mensch wird somit ärmer. **Der Globalist vertritt jedoch eine andere Haltung. Für ihn führt eine stärkere Zuwanderung automatisch zu einer Steigerung des allgemeinen Wohlstands.**

Wohnungsverdichtung erachtet er ebenfalls als positive Massnahme. Solche Leute realisieren nicht, dass dann pro Bewohner weniger Platz vorhanden ist.

Des Weiteren bevorzugen Globalisten internationale Organisationen. Der Nationalstaat bildet für ihn ein Symbol der Abschottung, sodass er in Bezug auf bestimmte Herausforderungen sogenannte nationale Lösungen eher ablehnt. Im Mittelpunkt des Weltgeschehens stehen vielmehr die grossen Institutionen wie die EU und die UNO. **Entsprechende Nachteile interessieren den Globalisten nicht, zumal er alles, was global ist, widerspruchlos priorisiert.**

Unkritisch und internationalistisch

Diese Personen befürworten sämtliche Aktivitäten zugunsten eines umfangreichen Schutzes der Umwelt. Eine Begrenzung der Zuwanderung lehnen sie aber vehement ab

und ignorieren auch sonst die Thematik der Überbevölkerung. Deren zentrale Bedeutung geht komplett unter. Dabei spielt nicht nur die Klimaerwärmung eine wichtige Rolle. Ein weiteres Thema ist die Steuerbelastung. **Steuererhöhungen steht der Globalist wenig kritisch gegenüber, denn die für die Bevölkerung erschwerte Vermögensbildung kümmert ihn nicht sonderlich.** Gewisse Medien lassen immer wieder politische Tendenzen erkennen.

Die Globalisten sind jedoch der Meinung, dass insbesondere die gängigen Tageszeitungen sowie das Staatsfernsehen ausschliesslich neutral berichten und sie alle politischen Kräfte bezüglich der Präsenz angemessen berücksichtigen.

Zudem bezeichnen diese Personen sämtliche Informationen der alternativen Medienkanäle pauschal als «Fake News», was man keinesfalls immer sagen kann. Ein Globalist scheint offenbar eine überdurchschnittlich grosse Angst vor dem Coronavirus zu haben, währenddem andere Leute diese Angelegenheit eher pragmatisch betrachten. **Viele fragen sich, ob der «Lockdown» wirklich um jeden Preis notwendig war.**

Letztlich ist für globalistisch orientierte Personen der Fachkräftemangel nur durch Import von Arbeitskräften zu beheben. Andere ziehen eine möglichst hohe Nutzung des Potenzials an inländischen Arbeitnehmern vor.

Walter Huber, Basel

Für eine spürbare Beschränkung der Zuwanderung – Ja zur Begrenzungsinitiative!

Lockerung des Wolfsschutzes verhindern – Nein zum Jagdgesetz

Im September 2019 verabschiedete das Parlament das revidierte eidgenössische Jagdgesetz, doch dagegen wurde von fast allen Tierschutzorganisationen erfolgreich das Referendum ergriffen. Dabei kam die Unterstützung hauptsächlich von Pro Natura, der Gruppe Wolf Schweiz (GWS), dem Schweizer Tierschutz (STS) und dem Verein zooschweiz. Diese Gesetzesrevision gefährde den Artenschutz als Ganzes und geschützte Säugetiere und Vögel gerieten noch mehr unter Druck, ist die Meinung vieler Tierschützer.

Bisher war es der Bund, der die Abschüsse geschützter Tiere genehmigen musste, jetzt sollen in Zukunft die Kantone selber darüber entscheiden dürfen. Dem Bund bliebe lediglich ein allfälliges Beschwerderecht.

Ausserdem kann der Bundesrat jederzeit die Liste der geschützten Tierarten, die geschossen werden dürfen, erweitern, ohne Parlamentsbeschluss oder Volksabstimmung. Vielen solchen Tieren wie Luchs, Bär, Biber, Fischotter, Hökerschwan, Graureiher und Gänsegeier droht deswegen auch der Abschuss. In der ganzen Schweiz leben 220 Luchse, diese sind sehr scheue Einzelgänger, die kaum jemand zu Gesicht bekommt. Sie reissen nur selten Nutztiere, ernähren sich hauptsächlich von Rehen. Auch bei ihnen wäre dann eine Dezimierung möglich. Sowohl das alte als auch das neue Jagdgesetz enthält eine Liste jagdbarer Tierarten, die in der Schweiz bereits jetzt bedroht sind: Feldhase, Schneehase, Birkhuhn und Waldschnepfe. Jedes Jahr werden 1600 Feldhasen, 976 Schneehasen und 2000 Waldschnepfen erlegt. Das Parlament hätte diese Arten bei der Revision des Jagdgesetzes unbedingt ebenfalls unter Schutz stellen sollen. Leider verpasste man diese Gelegenheit und höhlt stattdessen den Artenschutz weiter aus.

Laut der Bundesverfassung ist der Bund für die Sicherung des Artenschutzes verantwortlich. Somit widerspricht das neue Jagdgesetz der aktuellen Verfassung!

Wölfe sind der grosse Streitpunkt

Künftig ist es somit Sache der Kantone, unliebsame bedrohte Tiere



Das neue Jagdgesetz ist vollkommen unausgewogen und trägt dem Wolfsschutz zu wenig Rechnung.

zu töten, bevor sie Schaden angerichtet haben. Besonders Wolfsrudel sollen durch gezielte Abschüsse reguliert werden. Es droht eine willkürliche, sehr unterschiedliche Praxis, je nach Kanton. **Im Wallis und in Graubünden könnten Wölfe durch Abschüsse fast bis zur Ausrottung reguliert werden, ohne dass sie sich an Nutztieren vergriffen hätten.** Der Artenschutz des Wolfes würde also nur noch auf dem Papier bestehen. Grossraubtiere sollen ihre wichtige ökologische Aufgabe als Regulator der Steinböcke, Hirsche und Rehe nicht mehr wahrnehmen dürfen. Das übernehmen lieber die Jäger, unter dem Vorwand, die Wälder vor Wildverbiss zu schützen. **Erstaunlicherweise wird die Revision sogar aus Jägerkreisen kritisiert. Viele verantwortungsbewusste Jäger verstehen sich als Schützer der Natur und setzen sich für den Wildtierschutz ein. Auch der Schweizerische Forstverein ist gegen das neue Jagdgesetz!**

Wenn für Schafe und Ziegen Vorsichtsmassnahmen wie elektrische Zäune oder Herdenschutzhunde eingesetzt werden, sinkt die Zahl der gerissenen Nutztiere erheblich.

Bei Rindern und Kälbern wurden in der Schweiz während der letzten 10 Jahre nur 0 bis 5 Tiere von Wölfen getötet. Das Risiko für

Pferde und Esel ist noch geringer, da sie ihre Fohlen gegen Wölfe verteidigen können.

Keine Eingriffe in intakte Wolfsrudel

Im Jahr 2019 lebten in der ganzen Schweiz 7 bis 9 Wolfsrudel, mit ca. 60 bis 80 Wölfen. Die Erfahrungen mit Wolfsrudeln zeigen, dass einzelne Wölfe mehr Schäden an Nutztieren anrichten als ganze Rudel. Zwar haben diese einen grösseren Nahrungsbedarf, doch sie erbeuten die Wildtiere in Gruppen erfolgreicher. **Einzelwölfe werden gewöhnlich in Revieren von Rudeln nicht akzeptiert und vergreifen sich deshalb öfters an Schafen, da diese für sie leichter zu erlegen sind.** Wenn nun einfach Wölfe abgeschossen werden, auch Leittiere, zerfällt das Rudel und es bilden sich mehrere Wolfspare, die alle für Nachwuchs sorgen. **In intakten Wolfsrudeln hat nur das Leitpaar Nachwuchs, während die anderen Wölfe helfen, die Jungen aufzuziehen und zu betreuen.**

Neu will der Bund die Kantone ermächtigen, etliche junge Wölfe, bis zur Hälfte des heutigen Bestandes, zu töten. Als Kompensation der Natur für die getöteten Wölfe gebären mehr Wölfinnen Junge, sodass der Futterbedarf deswegen an-

steigt. Es ist also keine Lösung, Wolfswelpen einfach zwischen September und Januar zu töten.

Sie leben in engen sozialen Familiengruppen, die nicht gestört werden sollten. Die Befürworter des revidierten Jagdgesetzes behaupten, eine Regulierung helfe, Wilderei an Wölfen zu verhindern. Es würden weniger Wilderer zur Selbstjustiz greifen. Doch der Staat sollte sich von diesem Argument nicht erpressen lassen. **Wilderei ist ein Strafdelikt, das leider nur selten aufgeklärt und bestraft werden kann.**

In unserer schönen Schweiz muss es auch noch Platz haben für Wildtiere, besonders auch für Wölfe, die zur Artenvielfalt beitragen. In den 20 Jahren, seit der Rückkehr der Wölfe, kam es noch nie zu einem Angriff auf Menschen.

Schäden durch Wölfe werden den Bauern vom Bund ersetzt, sofern die Massnahmen mit elektrischen Zäunen oder Herdenschutzhunden eingehalten wurden. Aus diesen Gründen empfehlen wir allen Stimmbürgern, ein Nein zum revidierten missratenen Jagdgesetz in die Urne zu legen.

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*



Votons Oui à l'initiative de limitation le 27 septembre prochain

Aucune voix ne doit manquer pour soutenir l'initiative de limitation! Chaque voix compte pour le bien de notre pays! **Parlez de la votation autour de vous (famille, amis etc.)! Cette initiative complète l'initiative contre l'immigration de masse, acceptée par le peuple et les cantons le 9 février 2014.** Il n'y aurait pas eu besoin de lancer l'initiative de limitation si la précédente initiative avait été appliquée correctement, au lieu d'être édulcorée au mépris de la volonté populaire (voir notre article «9 février 2014: Abandon et tromperie», *Le Démocrate Suisse nos 5/6 et 7/8 2017, disponibles en ligne*).

Le Conseil fédéral et les «partenaires sociaux» (syndicats et économie, toujours d'accord quand il s'agit d'ouvrir la frontière aux étrangers) ont convoqué une conférence de presse le 22 juin 2020 pour démarrer leur campagne contre l'initiative. Une semaine plus tard, le 29 juin 2020, le Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) a présenté à la presse (avec l'assistance, notamment, du directeur de l'Union patronale suisse et de l'économiste en chef de l'Union syndicale suisse, comme par hasard) le dernier rapport de «l'Observatoire sur la libre circulation des personnes entre la Suisse et l'UE». Pour tenter de nous convaincre que, ben voyons, il n'y a aucun problème en matière d'immigration et de marché du travail.

Une fois encore, c'est par un discours alarmiste que ces milieux, toujours unanimes, tentent d'empêcher toute régulation de l'immigration; ils avaient agi de même à l'occasion de la votation sur l'Espace économique européen du 6 décembre 1992 et de celle du 9 février 2014.

On peut même remonter à nos initiatives soumises en votation les 7 juin 1970, 20 octobre 1974 et 4 décembre 1988, qui avaient fait l'objet de campagnes de dénigrement similaires de la part de ces mêmes milieux. Bref, nous con-

naissions la recette. Pour nous, n'en déplaise à nos adversaires, aucune décision politique ne doit être prise en cédant à la pression. Jamais.

Le communiqué relatif à la conférence de presse du 22 juin 2020 rappelle que «[l]e Conseil fédéral veut limiter l'immigration au strict minimum». Dont acte. Mais nous attendons les résultats, qui ne viennent pas. **Bien au contraire. Puisque l'emprise étrangère continue d'augmenter, indépendamment de la conjoncture, qu'il s'agisse de l'immigration européenne et en provenance d'Etats tiers, du regroupement familial, de l'asile ou des entrées clandestines.** Car la Suisse est victime de son succès. A force d'attiser des convoitises étrangères, nous avons créé une situation ingérable. **En dépit de la promesse qui avait été faite lors de la campagne de la votation sur les Accords bilatéraux (21 mai 2000).**

Car on nous avait alors certifié que la «libre circulation» de la main-d'œuvre européenne resterait modérée¹⁾ et entraînerait des sévères restrictions en défaveur des ressortissants d'Etat tiers. Il n'en a rien été.

Plus encore, l'accès au marché du travail pour les personnes relevant de l'asile (donc extra-Européens) a été facilité dès le 1er juillet 2018. Car les «étrangers admis à titre provisoire» et les «personnes auxquelles une protection provisoire a été octroyée et qui sont titulaires d'une autorisation d'exercer une activité lucrative» sont dorénavant considérés comme des «travailleurs en Suisse» (au sens juridique), ce qui les place sur pied d'égalité avec nos compatriotes²⁾. Contrairement à ce que prétendent souvent les partisans de la «libre circulation», nos relations de plus en plus étroites avec l'Union européenne ne nous protègent même pas contre l'immigration (sous ses formes diverses) en provenance d'Etat tiers.

Depuis sa fondation, en 1961 (donc bien avant que l'UDC ne

prétende s'occuper du problème), notre parti n'a de cesse d'alerter nos compatriotes quant aux dangers de l'emprise étrangère. Que voyons-nous? Notre pays est bétonné, les surfaces agricoles diminuent, l'uniformité, la laideur et la grisaille s'étendent jusque dans nos villages; la criminalité est hors de contrôle, à tel point qu'il devient parfois périlleux pour les femmes de sortir seules le soir dans certains quartiers, ce qui était quasiment inconcevable au début des années huitante encore; l'air de nos villes est nocif; la biodiversité est en recul; les routes et les transports publics sont surchargés et même des stations d'épuration des eaux usées débordent parfois; pour satisfaire les besoins des nouveaux arrivants, nous construisons des éoliennes qui enlaidissent notre paysage; une concurrence accrue sévit sur le marché de l'emploi, d'où une forte pression sur les salaires et les conditions de travail; il devient de plus en plus difficile de se loger en ville; les universités sont surchargées par des étudiants étrangers, ce qui met en péril l'accès à la formation de nos jeunes; les traditions populaires sont en danger (et même, désormais, expressément rejetées par la Commission fédérale des migrations)³⁾; les tensions sociales deviennent intenable, que ce soit sur les lieux de travail, entre voisins ou dans les transports publics. **Et nous pourrions continuer la liste sur plusieurs pages, tant la «libre circulation» est un échec total.**

Stop. Assez. Nous devons agir. **Nous ne pouvons plus permettre que des intérêts économiques minoritaires déterminent l'avenir de notre pays au détriment de la majorité de notre peuple.**

En d'autres termes, nous devons reconquérir notre souveraineté migratoire. Car c'est dans son principe même que la «libre circulation» doit être attaquée.

Tant il est vrai que les êtres humains ne sont pas des marchan-

dises et que le libre recrutement de la main-d'œuvre porte préjudice à l'immense majorité de nos compatriotes, exposés à une concurrence étrangère débridée pour trouver un logement ou un emploi, respectivement une place d'apprentissage. Tout comme la criminalité et les atteintes à l'environnement compromettent lourdement l'avenir de notre pays et frappent d'abord les plus vulnérables d'entre nous.

Non à une Suisse de dix millions d'habitants. Non à un modèle économique productiviste. Pour toutes ces raisons, votons Oui le 27 septembre 2020!

DS Vaud

¹⁾ Rappelons que le livret de la votation populaire du 21 mai 2000 indiquait que «Au vu de ce qui se passe dans l'UE, les craintes des comités référendaires de voir la Suisse être envahie par des ressortissants communautaires ne sont pas justifiées. L'expérience montre en effet que les migrations intercommunautaires demeurent limitées», ce sous l'intertitre «Pas d'immigration massive à craindre». Rarement le peuple n'aura été aussi lourdement trompé. Du reste, de deux choses l'une: si l'immigration est une bonne chose, pourquoi alors faudrait-il la «craindre»?

²⁾ C'est une question juridique un peu technique: il s'agit de la modification du 16 décembre 2016 de la Loi fédérale sur les étrangers (devenue Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration [!]) avec effet au 1er janvier 2019). A noter que l'intitulé de cette modification était «Gestion de l'immigration et amélioration de la mise en œuvre des accords sur la libre circulation des personnes», ce qui suffit à établir le caractère indissociable des différents types d'immigration.

³⁾ Programme intitulé «Nouveau Nous – culture, migration, participation» (!); cf. le communiqué du 11 juin 2020, qui met en cause «l'exotisation (sic), le racisme ou le folklore».

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Margrit Neukomm, Bern

Verhüllungsverbotsinitiative: Indirekter Gegenvorschlag untauglich

In der vergangenen Parlamentssession erfolgte nun die Schlussabstimmung über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot». Dabei einigten sich die Räte auf eine Gesetzesänderung als indirekter Gegenvorschlag, wobei dieser der Problematik der islamischen Gesichtverschleierung keinerlei Rechnung trägt.

Selbst wenn einige Frauen behaupten, die Burka freiwillig anzuziehen, stellt sie immer noch ein Symbol der Unterdrückung dar. Es handelt sich um eine archaische Sitte des muslimischen Patriarchats, welche genauso bei gemässigten Vertretern des Islams auf Widerstand stösst.

Aufgrund der verfassungsmässigen Gleichstellung von Mann und Frau ist lediglich ein möglichst frühzeitiges Verbot im gesamten öffentlichen Raum von spürbarem Nutzen.



Die islamische Verschleierung ist nicht mit hiesigen Werten kompatibel.

zen. Ansonsten begünstigt man die Fortschreitung der langfristigen schleichenden Islamisierung und darf sich dann nicht über eine allfällige Zunahme von verschleierten Musliminnen wundern. **Solche Leute haben grösstenteils kein Interesse an Kontakten mit der aus ihrer Sicht kulturfremden Mehrheit der hiesigen Gesellschaft.**

Ausserdem machen kantonale Regelungen bei gesellschaftspolitischen Gegebenheiten wenig Sinn. **Die Schweizer Demokraten (SD) unterstützen dieses Initiativbegehren bereits im Sammelstadium und sind ebenfalls im Komitee vertreten.**

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Korrigendum

In der letzten Ausgabe des «Schweizer Demokrat», Nr. 3/4 2020, wurde im Artikel «Fledermäuse als Ansteckungsherd?» irrtümlich folgende Aussage vermerkt: «Diese kennen wir aus früheren Epidemien, die alle in China ihren Anfang nahmen, wie Tollwut, Ebola, Sars- und Mers-Coronaviren.» Ausser dem zurzeit bestehenden Sars-Coronavirus stammen alle anderen Virentypen nicht aus China. Die Redaktion entschuldigt sich für die falsche Aussage.

SD-Redaktion

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat!

Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos: Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an folgende Person wenden:

Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch